

Maria Löblich / Elisa Pollack

Ein Ost-West-Labor?

Die Redaktion der Berliner Zeitung
zwischen 1989 und 2020

HERBERT VON HALEM VERLAG

Gefördert vom Bundesministerium für Bildung und Forschung
(Forschungsverbund »Das mediale Erbe der DDR«)

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation
in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte
bibliografische Daten sind im Internet über
<https://dnb.de> abrufbar.

Maria Löblich / Elisa Pollack

Ein Ost-West-Labor?

Die Redaktion der Berliner Zeitung zwischen 1989 und 2020

Köln: Halem, 2025

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung und Verbreitung
sowie der Übersetzung, vorbehalten. Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner
Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche
Genehmigung des Verlages reproduziert oder unter Verwendung elektronischer
Systeme (inkl. Online-Netzwerken) gespeichert, verarbeitet, vervielfältigt
oder verbreitet werden.

© 2025 by Herbert von Halem Verlag, Köln

ISBN (Print): 978-3-86962-722-9

ISBN (PDF): 978-3-86962-723-6

Herbert von Halem Verlagsges. mbH & Co. KG

Boisseréestr. 9-11, 50674 Köln

<https://www.halem-verlag.de>

info@halem-verlag.de

Satz: Herbert von Halem Verlag

LEKTORAT: Rabea Wolf; Anna Ohde

DRUCK: docupoint GmbH, Magdeburg

Gestaltung: Claudia Ott Grafischer Entwurf, Düsseldorf

COVERFOTO: picture alliance / akg-images / Sewcz

Copyright Lexicon ©1992 by The Enschedé Font Foundry

Lexicon® is a Registered Trademark of The Enschedé Font Foundry.

Inhalt

I.	EINLEITUNG	9
	Unterschieden und doch vereint? Die <i>Berliner Zeitung</i> ab 1989	9
	Forschungsstand	17
	Einschreibung und Übersetzung: Foucault + Neo-Institutionalismus + Bourdieu	23
	Zur Methode	37
II.	REDAKTIONSGESCHICHTE(N) IN BIOGRAFISCHEN INTERVIEWS	56
	Bettina Urbanski: Die Freiheit hatte man	57
	Maritta Adam-Tkalec: Wir hatten uns nach der Wende vorgenommen: nie wieder Einheitsbrei	74
	Andreas Förster: Es ging auch um die Glaubwürdigkeit der Zeitung	91
	Hans Eggert: Wir waren eine Volkszeitung, das wollte ich beibehalten	102
	Torsten Harmsen: Es geht immer auch darum, welche Sicht galt und welche nicht mehr	118

Hinnerk Berlekamp: Diesen Erfolg zusammen erkämpft zu haben, das schuf eine Einheit	135
Susanne Lenz: Die Ostjournalisten verstanden ihr Handwerk	152
Renate Gensch: Ost-West spielte immer eine Rolle	163
Abini Zöllner: Es geht nicht darum, eine Edelfeder zu sein	179
Ingeborg Ruthe: Ich musste meinen Ton finden	190
Jochen Arntz: Ein Ort, an dem sich Ostdeutsche und Westdeutsche gefunden haben	201
Michael Maier: Mein Job war es, eine ordentliche Zeitung zu machen	212
Renate Oschlies: Ein verallgemeinerndes ›Wir‹ gab es in Wirklichkeit nicht	224
Jens Jessen: Hierarchien spielten keine Rolle	236
Christian Bommarius: Das war das Kapital der Zeitung	246
Maxim Leo: Wir wollten immer werden wie die anderen	256
Barbara Klimke: Da haben beide Seiten voneinander gelernt	267
Sabine Rennefanz: Nur wenige Kollegen schrieben selbstbewusst als Ostdeutsche	278
Uwe Vorkötter: Unser Job war es, diese neue Mitte publizistisch zu erobern	291

III. DIE REDAKTION ZWISCHEN 1989 UND 2020. EIN KOMMUNIKATIONSHISTORISCHER BLICK	304
Von Diskursmacht und Erwartungen auf oberster Ebene	305
<i>Diskurse über die Berliner Zeitung</i>	305
<i>Eigentümererwartungen und Chefredaktion: Blattlinie in Sachen DDR</i>	318
In der Redaktion	347
<i>Stellenumbrüche – Wer ging, wer blieb, wer kam?</i>	347
<i>Ost-West-Dynamiken im Redaktionsalltag</i>	360
<i>Die Stasi-Aufarbeitung in der Berliner Zeitung</i>	365
Subjekte im sozialen Raum der Berliner Zeitung	371
<i>Symbolisches Kapital</i>	372
<i>Kulturelles Kapital</i>	377
<i>Position in der Redaktion und journalistische Gestaltungsmöglichkeiten</i>	383
<i>Soziale Netzwerke formen den Blick – und die Karriere</i>	387
<i>Von der Herkunft zur Haltung</i>	391
Fazit	395
 Literaturverzeichnis	 406
Abkürzungsverzeichnis	437
Abbildungsverzeichnis	438
Personenverzeichnis	440
Personenregister	453

I. EINLEITUNG

Unterschieden und doch vereint? *Die Berliner Zeitung* ab 1989

Unter den zahlreichen Diagnosen eines asymmetrischen Verhältnisses von Ost und West in der Nachwendegesellschaft (vgl. DAHN 2019; ENGLER/HENSEL 2018; KOWALCZUK 2019; MILEV 2020; MAU 2024) sind auch solche, die auf die mediale Dimension in diesem Verhältnis aufmerksam gemacht haben. In den westdominierten medialen »Delegitimierungsdiskurse[n]« (MÜKKE/STIEHLER 2010: 254) sei die DDR auf Staatssicherheit, Unrechtsstaat, Mauer und Misswirtschaft reduziert (vgl. MEYEN 2013: 86) und Ostdeutsche abgewertet worden (vgl. KOLLMORGEN/HANS 2011: 156; HEFT 2018). Dabei zeige sich eine Selbstbezüglichkeit westdeutscher Perspektiven (vgl. AHBE 2008; OSCHMANN 2023). Diese Arbeiten führen zu einem weiteren diskutierten Aspekt von Ungleichheit: zu dem Medienstrukturumbruch nach 1989/90, bei dem sämtliche SED-Bezirkszeitungen in den Besitz der großen Westverlage gelangten (vgl. KAPITZA 1998; TRÖGER 2019) und nach und nach Westdeutsche »in den Chefetagen der großen ostdeutschen Regionalzeitungen« den Ton angaben (MÜKKE 2021: 3; vgl. HOHLFELD 2000). In dieser Debatte ist nicht nur der Schluss gezogen worden, dass die bis heute vorhandenen »getrennte[n] Medienwelten« Folgen eines westdominierten Medienumbruchs sind (POLLACK 2024: 13). Vielmehr seien mit der »Übernahme westdeutscher Strukturen« die »radikal-demokratischen Visionen einer freien Presse« begraben worden, die sich in den Reformprozessen 1989/90 entwickelt hatten (TRÖGER 2019: 280). Die »Zerstörung der eigenen medialen Öffentlichkeit« habe wesentlich zur Entfremdung des Ostens vom Westen geführt (WOLFRAM 2020: 4).

Glaubt man dieser Debatte, so stellt sich die Frage, was das in Medien-diskursen und Medienstrukturen offenbar so wirkmächtige Prinzip der Unterscheidung zwischen Ost und West für eine Redaktion in der Nachwendezeit bedeutet hat. Für eine Einrichtung, die in die Diskurse über den Osten verwickelt war, weil sie selbst zu diesen Diskursen beitrug und gleichzeitig DDR-Erbe war. Wie hat dieses entlang von DDR- und BRD-Herkunft operierende »Prinzip[ien] der sozialen Gliederung« (BOURDIEU 2015: 122) beeinflusst, was in einer Zeitungsredaktion mit DDR-Geschichte entschieden und gehandhabt wurde, auch in Sachen Thematisierung der DDR? Wie bedeutsam ist die Praxis der Klassifizierung gewesen, die auch Gegenstand von »Anerkennnisakten« war (ebd.: 121), für das Positionsgefüge und das Miteinander innerhalb einer Redaktion?

Wenn diesen Fragen am Beispiel der wiederholt als »Ost-West-Labor« bezeichneten *Berliner Zeitung* nachgegangen wird (vgl. LEINEMANN 1997; BULLION/SCHENZ 2008; RENNEFANZ 2013: 236), dann nicht ohne Hinweis auf Irritationen. Der *Wochenpost*-Chefredakteur Mathias Greffrath (1995: 197) berichtete Mitte der 1990er-Jahre: Auch im Journalismus ist der Osten »beigetreten, beigetreten worden«. Der Westdeutsche Greffrath, der etwas mehr als zwei Jahre an Erfahrungen mit einer »gemischten Redaktion« bei der Wochenzeitung mitbrachte, erwähnte die gegenseitigen Klischees. Die Ostdeutschen rechercheunlustig, die Westdeutschen »eingriffsgeil und meinungssüchtig« (ebd.: 194). Greffrath ging in seinem Beitrag lieber der Frage nach, welche »Stärken der untergegangenen Welt [...] wir beerben können« (ebd.: 195). Seine Hoffnung war, im Osten und nur aus dem Osten könnte ein neuer Journalismus entstehen, der die Probleme der Welt in Angriff nimmt (vgl. ebd.: 195). Wie verhält sich diese Äußerung, getätigt von einem westdeutschen Chefredakteur in einem Ostblatt, in der Phase der »Formierung des Subalternitätsdiskurses« (KOLLMORGEN/HANS 2011: 148), zur oben beschriebenen Sicht? Oder handelt es sich um eine Sonntagsrede, die sich in der Nische eines ostdeutschen Hochschulpodiums gut machte (vgl. HALLER/PUDER/SCHLEVOIGT 1995: 9)? Die Besetzung der Chefredakteursposten in den ostdeutschen Regionalzeitungen in den Jahrzehnten nach 1989 lässt ebenfalls Fragezeichen an der Wirkmacht der Ost-West-Unterscheidung aufkommen. Dieser Aspekt ist nicht gut erforscht. Jedoch blieben offenbar bei nicht wenigen ostdeutschen Zeitungen die in der Wendezeit eingesetzten Ost-Chefredakteure bis in die 1990er-Jahre hinein im Amt (vgl. HENSEL 2010). Die Fragezeichen mehren sich angesichts der starken personellen Kontinuität gerade in den ehema-

ligen SED-Bezirkszeitungen, bei denen 70 Prozent der Redakteure weiter beschäftigt wurden (vgl. SCHNEIDER/SCHÖNBACH/STÜRZEBECKER 1994: 159). Die Weiterbeschäftigung von »Altlasten« durch die Westverleger (SCHNEIDER 1999: 617), die Weigerung der Zeitungshäuser nach »Ideologietreue, gar nach Stasi-Verstrickungen« der Mitarbeiter zu fragen, habe zu einer fehlenden »Vergangenheitsbewältigung« im ostdeutschen Journalismus geführt. Das Thema sei in manchen Redaktionen tabuisiert worden (HALLER/MÜKKE 2010: 17f.; vgl. MACHILL/BEILER/GERSTNER 2010: 37). Diese Sicht ist bis heute zu finden. Der Umstand, dass personell vieles »beim Alten« blieb, habe zu der für diese Zeitungen »unlösbaren« Aufgabe geführt, »ausgewogen zu berichten und zu kommentieren« (KOWALCZUK 2019: 236). Manche Journalisten hätten die »aus der DDR herrührenden ideologischen Engpässe« lange nicht ablegen können (ebd.: 181).

Folgt man Michel Foucault und Pierre Bourdieu, dann kann der vorherrschende mediale Diskurs über die DDR als eine strukturierende gesellschaftliche Praxis begriffen werden, die seit 1989/90 eine bestimmte Ost-West-Unterscheidung produziert hat. Foucault zufolge denken die Mitglieder einer Gesellschaft stets »innerhalb eines anonymen, zwingenden Gedankensystems«, das einer bestimmten Zeit und Sprache angehört (FOUCAULT 2005: 20). Dazu zählen bestimmte Praktiken der Unterscheidung, die sich in Diskursen, aber auch in Gesetzen, Arbeitsverträgen oder Büroaufteilungen finden lassen. Diese Praktiken der Unterscheidung sind Ausdruck der Machtbeziehung, die in einer bestimmten Zeit und in einem bestimmten Raum vorzufinden ist (vgl. ebd.: 259). Der Soziologe Pierre Bourdieu hat ähnlich nach symbolischen Machtverhältnissen als Verhältnissen der Anerkennungsverteilung gefragt, in denen soziale Gruppen versuchen, eine »bestimmte Vorstellung (*vision*) von der sozialen Welt durchzusetzen« (BOURDIEU 2015: 122; Hervorhebung im Original). Für wen dabei ein »Distinktionsprofit« herausspringt, das ist in den jeweiligen Herrschaftsverhältnissen angelegt und immer auch umkämpft (ebd.: 79).

Beide Gesellschaftstheoretiker haben Anlass für folgende Forschungsfrage gegeben. Wie hat die dominante Ost-West-Klassifizierung die Redaktion der *Berliner Zeitung* vom Mauerfall bis 2020 geprägt und welches Bedingungsgefüge für die Thematisierung der DDR entstand dabei? Im Einzelnen gehen wir diesen Teilfragen nach:

1. Welche Regeln und Ressourcen in der Redaktion ermöglichten und begrenzten die journalistische Arbeit und die publizistische Aus-

einandersetzung mit der DDR, die auch eine Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte war?

2. Wie haben die Redakteurinnen und Redakteure das Verhältnis zwischen Ost- und Westkollegen erlebt?
3. Welche Positionen entstanden in der Redaktion, was den Diskurs über die DDR und den Osten anging?

Wir untersuchen mit diesen Fragen diskursive und nicht-diskursive Differenzierungspraktiken, die innerhalb eines »korporativen Akteurs« (MAYNTZ/SCHARPF 1995: 50) mit DDR-Geschichte operierten, der im Unterschied zu anderen Organisationen mit diesem Erbe selbst über die Ressource der medialen Öffentlichkeit verfügte und in den »Klassifizierungskämpfen« für die eigene und eine (wie auch immer verstandene) ostdeutsche Sichtbarkeit sorgen konnte (BOURDIEU 2015: 122). Warum die *Berliner Zeitung* und nicht die *Leipziger Volkszeitung* oder die *Magdeburger Volksstimme*? Die *Berliner Zeitung* stellt für die genannten Fragen keinen eindeutigen Fall dar und das macht sie besonders interessant. Denn während sie ähnlich wie andere ostdeutsche Tageszeitungen überwiegend Ost-Leser vor Ort unter ihren Abonnenten hatte, den neuen ostdeutschen Chefredakteur nach dem Mauerfall noch etliche Jahre behalten durfte und wie die anderen regionalen SED-Tageszeitungen auch in den Besitz westlicher Verlage gelangte (vgl. RÖPER 1991: 422), dürfte sie sich in mindestens drei Punkten erheblich von diesen unterschieden haben.

- Redaktionszusammensetzung: Die *Berliner Zeitung* zog im Gegensatz zu *Nordkurier* oder *Sächsischer Zeitung* westdeutsche Journalisten an. Sie hatte eine stärker gemischte Redaktion. Darüber hinaus dürfte sie zumindest eine Zeit lang auch für solche West-Journalisten attraktiv gewesen sein, die Reputation sammeln und aufsteigen wollten und konnten. Ein Indikator dafür: Im westdeutschen Leitmedium *Spiegel* wurde sie in der zweiten Hälfte der 1990er-Jahre als Ost-West-Labor herausgestellt (vgl. LEINEMANN 1997: 97).
- Leserzusammensetzung: Die *Berliner Zeitung* dürfte aufgrund der Besonderheiten des Berliner Zeitungsmarkts nach dem Mauerfall auch eine etwas stärker durchmischte Leserschaft gehabt haben als die anderen ostdeutschen Tageszeitungen. Ende der 1990er-Jahre hatte das Blatt bei den Westberliner Lesern eine tägliche Reichweite von knapp 6 Prozent, bei den Ostberlinern 33 Prozent (vgl. HELD 1999: 69). In der ersten Hälfte der 1990er-Jahre soll etwa ein Zehntel der Auflage in den Westbezirken abgesetzt worden sein, bei einer

verkauften Auflage von rund 270.000 Exemplaren im Jahr 1992 (vgl. KAPITZA 1997: 21). Dem einen oder anderen Stammleser war etwa um das Jahr 2000 herum eine »stärkere Westorientierung« der *Berliner Zeitung* aufgefallen (POLLACK 2024: 167).

- (Leit-)Mediale Beobachtung: Die *Berliner Zeitung* hat immer wieder die Aufmerksamkeit der westdeutschen Leitmedien sowie der Westberliner Konkurrenten beim *Tagesspiegel* und bei Axel Springer auf sich gezogen. Zu den Anlässen zählten etwa der Berliner »Zeitungskrieg« in den 1990er-Jahren (HACHMEISTER/KRAMP/WEICHERT 2017: 721), die Übernahme durch internationale Finanzinvestoren, Recherchen zur Staatssicherheitsvergangenheit von Mitarbeitern, Rationalisierung und Zerschlagung der Redaktion.

Diese Punkte dürften nicht ohne Auswirkungen auf Inhalt und Lesersprache geblieben sein. Die Auswahl der *Berliner Zeitung* erlaubt es außerdem, an einem konkreten Fall zu untersuchen, was es mit der vermeintlichen Kontinuität »rote[r] Seilschaften« (MAST/HAASIS/WEIGERT 1994: 432) in den ehemaligen SED-Bezirkszeitungen auf sich hatte, die die Kommunikationswissenschaft in Hohenheim, Hannover, Mainz oder Erlangen in den 1990er-Jahren umtrieb (vgl. MEYEN 2020; LÖBLICH 2025). Hier war man den »roten Federn auf der Spur« (SCHULZ 1995: 287) und besorgt, dass »die Kaderpolitik der SED [...] in der Zukunft fortwirkt« (KEPPLINGER 1996: 18). Weil den Journalisten in den ehemaligen SED-Blättern Verdrängung und Geschichtsvergessenheit vorgeworfen worden ist (vgl. MOSEBACH 1996: 111; SCHNEIDER 1999: 619; KOWALCZUK 2019: 236) und Stasijäger bis heute an der Arbeit sind (vgl. REICHERT 2000; BARTELD 2019; BAUMANN 2013, 2020; RAUE 2016), kann am Beispiel der *Berliner Zeitung* auch erkundet werden, wie der Umgang mit der eigenen DDR-Geschichte wahrgenommen und in einem Haus erlebt wurde, das zu einer der »wenigen Ausnahmen« gehörte, die nicht auf eine »Stasi-Überprüfung [...] verzichtete« (SCHNEIDER 2004: 20). Der Berliner Zeitungsverlag gab 1994, damals unter Gruner + Jahr, eine wissenschaftliche Studie zur Untersuchung der Beziehungen zwischen Redaktion und dem Ministerium für Staatssicherheit in Auftrag (vgl. KLUGE/BIRKEFELD/MÜLLER 1997: 2).

Die vorliegende Befragung setzt bei der Frage nach dem DDR-Erbe anders an. Weder soll die Rede von »gravierende[n] Defizite[n]« (MAST/HAASIS/WEIGERT 1994: 434) fortgeschrieben noch die »Beschränkung des DDR-Narrativs auf Helden, Schurken und Opfer« (SÄLTER 2021: 287) mitgeführt werden. Ausgehend von der Erkenntnis, dass das »Diktatur-

gedächtnis« seit den 1990er-Jahren die offizielle Erinnerung an die DDR dominiert (SABROW 2009: 18; vgl. AHBE 2024: 56) und der Mediendiskurs sich damals auf das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) und inoffizielle Mitarbeiter (IM) als die zentralen Mittel der SED-Herrschaft einschoss (vgl. KOWALCZUK 2019: 194f.), weiter dem Umstand Rechnung tragend, dass die *Berliner Zeitung* von diesem Diskurs selbst betroffen war (vgl. DER SPIEGEL 1997, BULLION 2008a; BULLION/SCHENZ 2008; MÖNCH 2008; MÜLLER 2008, MÜLLER/MEIER 2019; STAUN 2019), werden stattdessen die Wahrnehmungen dieses Diskurses über die *Berliner Zeitung* in der Redaktion und seine Folgen eines der Themen dieses Buches bilden. Damit vollziehen wir einen Perspektivwechsel und liefern Einblick in die »Wirkmächtigkeit diskursiver Ordnungen, ihrer praktischen Manifestation und der daraus resultierenden gesellschaftlichen Erfahrungsräume und Grenzziehungen« (OBERTHÜR 2020: 80). Die *Berliner Zeitung* verstehen wir als einen solchen gesellschaftlichen Erfahrungsraum der Nachwendegesellschaft. Inwieweit die spezifischen Regeln der Medienorganisation, des journalistischen Felds sowie ein besonderer Habitus die Wirkmächtigkeit der dominanten Ost-West-Klassifizierung in diesem Erfahrungsraum befördert, gebrochen oder übersetzt haben, ist dabei eine empirische Aufgabe.

Dafür, dass wir unsere Untersuchung auf die Jahre zwischen 1989 und 2020 begrenzen, gibt es Gründe. Der Beginn dieses Zeitraums erklärt sich aus dem »Ereignis« des Mauerfalls (FOUCAULT 1981: 16; vgl. RUOFF 2018: 128). Dieses Ereignis produzierte im Westen zwar nicht unbedingt neue Deutungsmuster zur DDR (vgl. FIEDLER 2014b; SÄLTER 2021), änderte aber etwas an den Deutungsmachtverhältnissen zwischen Ost und West. Denn von diesem Zeitpunkt an wurde der Blick der westdominierten Medien maßgebend für die Konstruktion des deutsch-deutschen Verhältnisses und der DDR (vgl. AHBE 2008: 24; MEYEN 2013: 41; DAHN/MAUSFELD 2020; WONN 2020). Sein Ende bestimmt sich durch den letzten Besitzerwechsel der *Berliner Zeitung*, durch den das Blatt seit Ende 2019 erstmals wieder unter der Regie von Ostdeutschen produziert wird (vgl. OSANG 2020). Sie ist in dieser Hinsicht die erste unter denjenigen ostdeutschen Tageszeitungen, die nach dem Mauerfall aufgrund ihrer hohen Auflage und ihren großen Verbreitungsgebieten zu den für die Westverlage besonders lukrativen Übernahmeobjekten gehörten (vgl. FISCHER 1993; TRÖGER 2019).

Die vorliegende Nachwendegeschichte der *Berliner Zeitung* wird aus Sicht der Redaktion erzählt. Wir stützen sie auf 19 biografische Leitfadeninterviews, die wir mit ehemaligen und aktuellen Redakteurinnen und Redak-

teuren mit DDR- und BRD-Herkunft geführt haben. Ziel der Methodenwahl war es, die Institutions- und Organisationsgeschichte der Redaktion, aber auch die persönlichen Positionen in der Redaktion aus möglichst verschiedenen Perspektiven auszuleuchten und auch innerhalb des Herkunftskriteriums weiter zu differenzieren: Welche Ost-Ost- und West-West-Unterschiede hat es gegeben? Wenn wir darüber hinaus offen für verbindende Momente im Verhältnis von Ost und West bleiben wollten, dann geschah das womöglich auch mit einem »integrierte[n] Blick[e]«, wie es die Historikerin Christina Morina ausgedrückt hat (LOCKE 2023: 11). Dieser integrierte Blick war jedoch weniger im Sinne eines »Zusammenschreibens« gemeint (ebd.), das Unterschiede einebnet, sondern das, neben unterschiedlichen, auch gemeinsame Prägungen und Erfahrungen berücksichtigt. Zudem können die Interviews mit westdeutschen Journalisten ermitteln, »wie sich diese Prozesse [in der Folge des Mauerfalls und des Beitritts] auf den Westen ausgewirkt haben«, wie der 1962 in der DDR geborene Schriftsteller Ingo Schulze formuliert hat (GEISSLER 2020). Ihm zufolge werde »so viel über den Osten gesprochen, um über den Westen zu schweigen« (ebd.).

Das Buch trägt diesem Ziel zweifach Rechnung. Es bietet die Gespräche und ermöglicht es den Lesern, sich ihren Reim auf das zu machen, was wir im zweiten Teil an Auswertung dieser Quellen liefern. Wir beanspruchen nicht, »die« Nachwendegeschichte der *Berliner Zeitung* zu schreiben, sondern möchten Bausteine zu einer solchen Geschichte zusammentragen. Diese Bausteine sind von den theoretischen Annahmen geformt, die wir unserer Arbeit zugrunde gelegt haben, und von einem Quellenmaterial, welches von uns und unseren Gesprächspartnern konstruierte Redaktionsgeschichte(n) liefert. Sie sind zudem von unserem sozialen Standort geformt und damit »zwangsläufig perspektivisch« (SCHWINGEL 2000: 158). Andere Autorinnen wären das Thema dieses Buchs womöglich anders angegangen. Diese Erkenntnis verdankt sich der Wissenssoziologie von Karl Mannheim, der geschrieben hat, dass der soziale »Standort« des Betrachters unvermeidlich in das »Erkenntnisergebnis« eingeht. Mit Standort meinte Mannheim »außertheoretische Faktoren«, die den Forschungsprozess beeinflussen (MANNHEIM 2015: 230): die persönlichen Merkmale und die Position, die die beiden Forscherinnen im disziplinären Feld einnehmen (vgl. KAESLER 1984; BOURDIEU 1998; MEYEN/LÖBLICH/PFAFF-RÜDIGER/RIESMEYER 2019: 26f.). Den Weg, den Mannheim (2015: 259) zum Umgang damit weist, heißt »Entdeckung der vorhandenen *Seinsverbundenheit*« (Hervorhebung im Original): Wir gehören der letz-

ten DDR-Generation und der Nachwendegeneration an (vgl. AHBE/GRIES 2006; HAAG 2016) und stammen aus Elternhäusern, die in der DDR nicht aneckten und in den 1980er-Jahren in einer Gesellschaft aufgehoben waren, deren »Privatisierung [...] sozial gepolt« war und zu der man innerlich nur auf Distanz ging, sofern sie noch »politisch durchherrscht« war (ENGLER 2019: 173). Subkulturelle und oppositionelle Milieus waren für uns milieu- und altersbedingt nicht erfahrbar. Die 1977 geborene Leipzigerin kam, gefördert von dem ostdeutschen Professor Michael Meyen, auf einem geradlinigen Weg auf eine Professur im Jahr 2016. Dabei wollte sie sich lange nicht mit ihrer Ost-Herkunft auseinandersetzen. DDR-Medien waren kein Thema, mit dem man in den späten 2000er-Jahren, als »das Ost-Fenster zu war« (SCHÖNIAN 2020: 58), in der Kommunikationswissenschaft Karriere machte. Es waren eher die hartnäckigen Gesprächsversuche der Eltern über den als ungerecht und einseitig empfundenen Mediendiskurs über den Osten, die hier langfristig ein Bewusstsein schufen. Das elterliche Lamento verdeutlicht die Bedeutung von Familiendiskursen in der Weitergabe von DDR- und umbruchsbezogenen Erfahrungen (vgl. MICHEL/GRIMM 2020, 2024; HAAG 2018). Die 1991 geborene Kommunikationswissenschaftlerin, aus der Oberlausitz stammend, hat zur Mediennutzung in Ost- und Westberlin seit 1989 promoviert (vgl. POLLACK 2024). Aufgewachsen in einer Region, die zu DDR-Zeiten von Maschinenbau und Textilindustrie lebte und nach dem Systemwechsel deindustrialisiert, entlassen und zur Abwanderung gezwungen wurde (vgl. KOWALKE/KALLIS 1995), hat sie das Studium in Leipzig und Berlin zunächst nicht auf die ostdeutsche Herkunft zurückgeworfen. Vielmehr hat die anhaltende gesellschaftliche Bedeutung der Unterscheidung zwischen Ost und West ein Erkenntnisinteresse produziert (vgl. POLLACK 2024: 20). Die Autorinnen haben selbst keine beruflichen Nachteile als Ostdeutsche in der seit 1989/90 westdeutsch geprägten Hochschullandschaft erlebt, anders als manche Kollegen (vgl. BEHRMANN/GAMPER/HAAG 2024). Aber wir haben – zeitlich versetzt – wahrgenommen, wie unsere Eltern mit beruflichen Unsicherheiten, teils wiederkehrender Arbeitslosigkeit, in der (langen) Umbruchszeit umzugehen hatten und wie zugleich das Leben und die Leistungen der Eltern in der DDR und deren biografische Herausforderung in der Zeit nach dem Beitritt der DDR zur BRD durch einen dominierenden leitmedialen Diskurs entwertet oder beschwiegen wurde. Diese Beobachtung im privaten Raum dürfte den spezifischen, auch kritischen Blick auf unseren Untersuchungsgegenstand mit produziert haben.

Forschungsstand

Der Forschungsstand zu der von der Sowjetischen Militäradministration 1945 gegründeten und ab 1953 dem Zentralkomitee der SED unterstellten *Berliner Zeitung* in der Zeit nach 1989 ist überschaubar (vgl. MARX 2016: 63, 113). Abgesehen von studentischen Abschlussarbeiten (vgl. NAMI 1995; GRABNER 2001) wird sie in wenigen monografischen Arbeiten mit einer Organisationsperspektive neben anderen Ostberliner Zeitungen mitbehandelt (vgl. BOBKE 1994; KAPITZA 1997), am ausführlichsten in der Dissertation von Arne Kapitza. Auf der Grundlage von Kommentaren, Archivalien und Expertengesprächen aus der Zeit von 1989 bis 1994 untersuchte der Politikwissenschaftler nicht nur für die *Junge Welt* und den *Sonntag/Freitag*, wie die *Berliner Zeitung* organisatorisch, ökonomisch und inhaltlich durch den Prozess der deutschen Vereinigung ging. Die *Berliner Zeitung* unterstand in der DDR der Abteilung Agitation im Zentralkomitee der SED und kam offenbar zugleich Kommunikationsbedürfnissen der Berliner SED-Bezirksleitung nach, ohne – wie die anderen SED-Zeitungen – ausgewiesenes Organ zu sein (vgl. KAPITZA 1997: 21; MEYEN/FIEDLER 2011c: 38), ging sie vor dem Beitritt der DDR zur BRD in die Hände von neuen Eigentümern, der britischen Maxwell Corporation und dem westdeutschen Gruner + Jahr Verlag. Im September 1990 unterzeichneten diese Unternehmen einen Vertrag mit der PDS, noch bevor sich die Treuhand mit dem Berliner Verlag befasst hatte (KAPITZA 1997: 156f.). Kapitzas These, dass die kritische Begleitung der vereinigungsbedingten Probleme in den Kommentaren der *Berliner Zeitung* Anfang der 1990er-Jahre kein »Überdauern ideologischer Muster in den Köpfen ehemaliger SED-Journalisten« war, weil sich die politischen Haltungen der neuen westdeutschen Kollegen denen der ostdeutschen angeglichen hätten (KAPITZA 1998: 259), war ein Anknüpfungspunkt für unser Vorhaben, das systematisch auf Interviews mit Ost- und Westredakteuren setzt.

Vereinzelte Studien über den Berliner Zeitungsmarkt in den 1990er-Jahren weisen darauf hin, dass die *Berliner Zeitung* mit Platzhirschen aus dem Westen um deren, aber auch um die eigenen Leser zu konkurrieren begann (vgl. HELD/SIMEON 1994; HELD 1999; HACHMEISTER/KRAMPT/WEICHERT 2017). Diese Konkurrenzsituation unterschied sie von anderen ostdeutschen Regionen. Dort entstanden nach einer kurzen Zeit des »Pressefrühling[s]« (TRÖGER 2019) durch Neugründungen zumeist Zeitungsmonopole der ehemaligen SED-Bezirkszeitungen auf den groß-

flächigen regionalen Abonnementmärkten (vgl. SCHNEIDER/STÜRZEBE-CHER 1998: 207). Der Berliner Zeitungsmarkt galt trotz der geografischen Nähe von Ost und West als Paradebeispiel für die anhaltende »publizistische Mauer« (HELD 1999: 67), weil die Leser an ihren angestammten Zeitungen festhielten (vgl. POLLACK 2024).

Weitere Studien beschäftigten sich mit Besitzverhältnissen der *Berliner Zeitung* und den ökonomischen Strategien ihrer Eigentümer, vor allem in der sogenannten Zeitungskrise Anfang der 2000er-Jahre (vgl. die regelmäßigen Berichte von Horst Röper in *Media Perspektiven*). Katharina Heimeier (2013) hat die Praktiken des britischen Investors David Montgomery und des Verlegers Alfred Neven DuMont verglichen. Montgomery übernahm die Zeitung 2005, zunächst gemeinsam mit der US-amerikanischen Beteiligungsgesellschaft Veronis Suhler Stevenson, was in der Medienlandschaft republikweit für Aufsehen sorgte. Das Kölner Verlagshaus kam anschließend ab 2009 ins Spiel. Heimeier ermittelte, dass DuMont Rationalisierungsstrategien zum Zweck der Profitgenerierung »deutlich aggressiver« als Montgomery eingesetzt hatte (HEIMEIER 2013: 344). Die Redaktion hatte zuvor gegen die Übernahme durch die »Heuschrecke« protestiert, weil sie einen ökonomischen Kahlschlag befürchtete. Der Begriff war damals durch eine Rede des SPD-Vorsitzenden Franz Müntefering in aller Munde gewesen (ebd.: 317). Eine weitere Arbeit widmete sich dem gescheiterten Verkauf des Blatts an die Stuttgarter Verlagsgruppe Georg von Holtzbrinck, die es mit dem bereits in ihrem Besitz befindlichen *Tagesspiegel* zusammenlegen wollte (vgl. BRINKMANN 2018: 378-475). Die Arbeiten verdeutlichen in der Gesamtschau die Bedeutung der Eigentümerverhältnisse für die Nachwendegeschichte der *Berliner Zeitung*, die zwischen 1989 und 2020 durch die Hände von sechs Eigentümern ging. Auch vermitteln die wenigen Arbeiten in diesem Feld einen Eindruck, welch ein Gelegenheitsfenster 1989/90 für westliche Medienhäuser darstellte. Gruner+Jahr war vor der Übernahme des Berliner Verlags Zeitschriftenverlag und »glückloser Herausgeber der Hamburger Morgenpost« gewesen. Das Hamburger Haus wurde durch den Erwerb in Berlin und Dresden eines der größten Zeitungshäuser in Deutschland (vgl. SCHNEIDER 2002: 218).

Die drei Eigentümerwechsel bei der *Berliner Zeitung* allein zwischen 2002 und 2009, während eines allgemeinen medialen Konzentrationschubs (vgl. RÖPER 2010), wurden nicht nur von den anderen Medien intensiv beobachtet, sondern auch Gegenstand von Presseinhaltsanalysen.

Diese Studien fanden heraus, dass die Interessen der Konkurrenten der *Berliner Zeitung* die Berichterstattung beeinflussten. Diese war auch geprägt von dem Interesse, das Engagement eines nicht-deutschen Players (Mecom-Gruppe) auf dem unter westdeutschen Verlegern aufgeteilten deutschen Pressemarkt negativ darzustellen (vgl. MÜLLER/DONSBACH 2006; LICHTENSTEIN 2011).

All diese Arbeiten zur Medienökonomie machten uns darauf aufmerksam, dass die Frage nach dem Einfluss des dominanten Mediendiskurses über den Osten auf die Redaktionsentwicklung nicht losgelöst vom wirtschaftlichen Kontext verfolgt werden kann. Das bedeutete einerseits, die Strategien unter den wechselnden Eigentümern sowie die Ressourcenausstattung der Redaktion im Blick zu behalten. Andererseits waren die Interessen der konkurrierenden Medienunternehmen zu berücksichtigen. Deshalb sind die Wechselwirkungen zwischen den ökonomischen Dynamiken und der diskursiven Praxis der Ost-West-Unterscheidung ein wichtiges Thema in diesem Buch.

Schließlich konnten wir unsere Argumentation auf Presseinhalts- und Diskursanalysen zur Thematisierung der DDR und der Deutschen Einheit in der *Berliner Zeitung* stützen. So war es das Ergebnis einer Studie, dass die *Berliner Zeitung*, wie auch die *Leipziger Volkszeitung*, im Zeitraum von 1990 bis 2012 die DDR als Diktatur konstruierte. Sie gab die Sicht der Leitmedien, die diesen Diktaturgedächtnisdiskurs mit etwas Interpretationsspielraum versahen, undifferenziert wieder. Das Berliner Blatt habe seinen Lesern eine »extrem negative DDR-Berichterstattung« geboten und an den Stolz auf die Straßenerfahrung von 1989 appelliert (MEYEN 2013: 148). Arne Kapitza (1997: 269-290) fand in der *Berliner Zeitung* zwischen 1989 und 1992 eine gespaltene Positionierung vor: einerseits der »Kolonisierungsdiskurs«, der die »Verteufelung der DDR-Geschichte durch westdeutsche Medien, Politiker und Justiz« kritisierte (KAPITZA 1997: 298), andererseits den »Befreiungsdiskurs«, der die »Überwindung der totalitären Diktatur« feierte, sich gegen eine Verklärung der DDR wandte und die Aufarbeitung der DDR begleitete (ebd.). Unser Blick auf das Gefüge hinter dem, was in der Zeitung geschrieben wurde, trägt womöglich zur Erhellung dieser Befundlage bei. Darüber hinaus machen diese und weitere Analysen darauf aufmerksam, dass ostdeutsche Leser in ihren Zeitungen wohl wenig für die eigene Identitätsarbeit gefunden haben dürften. Identität ist immer auch auf Rückkopplungen aus der sozialen Umwelt angewiesen, nur darf das Spannungsverhältnis zwischen dem Bild, das

sich die anderen von einem machen, und den eigenen Erfahrungen nicht zu groß werden (vgl. KRAPPMANN 2021). Eine Diplomarbeit zu Wert- und Einstellungsmustern in den Kommentaren von vier ostdeutschen Tageszeitungen zwischen 1991 und 2000 kam diesbezüglich zu dem Ergebnis: »Keiner der untersuchten Kommentare nimmt in positiver Weise auf das Leben in der DDR Bezug. Die Vergangenheit steht durchweg in negativem Kontrast zur Gegenwart« (SCHÖNBACH 2010: 55). Die *Berliner Zeitung* war im Sample dieser Studie nicht enthalten.

Den Journalismusstudien aus den 1990er-Jahren entnehmen wir zunächst die bereits angedeuteten normativen Denkmotive. Sie stammen unter anderem aus der »vereinfachenden Erzählung« (SÄLTER 2021: 298), die von der staatlichen Geschichtspolitik, den Medien und Ausstellungen über Teilung, Repression und Opposition seit 1990 verbreitet worden ist und dazu beitrug, den allgemeinen Elitentransfer von West nach Ost zu legitimieren (vgl. ebd.: 293f.). Diese Erzählung findet sich übersetzt wieder in den schablonenhaften Ausgangspunkten einiger Studien über Journalisten mit DDR-Berufserfahrung (vgl. MOSEBACH 1996). So hieß es in einer Untersuchung von Personal- und Ausbildungskonzepten in Medienhäusern Anfang der 1990er-Jahre über den Umbruch:

»Schließlich galt es, ein totalitäres Mediensystem in eine demokratische Medienordnung zu überführen und einem journalistischen Berufsstand, der im Dienste der politischen Agitation stand, seine Aufgabe und Verantwortung in einer pluralistischen Demokratie vor Augen zu führen« (MAST/HAASIS/WEIGERT 1994: 234).

Das Ergebnis dieser Studie, dass ostdeutsche Journalisten »gravierende Defizite« in das bundesdeutsche Mediensystem mitbrachten – »bei der Nachrichtenbearbeitung, bei der Recherche und im wettbewerbsorientierten Denken und Handeln« – und dass sich »verinnerlichte Verhaltensmuster [...] aus der DDR-Berufspraxis [...] durch Weiterbildung nur begrenzt verändern« ließen, hatte eine Befragung vor allem von Vorgesetzten erbracht, nicht der Journalistinnen und Journalisten selbst (ebd.: 434). Diese vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung unter Helmut Kohl in Bonn finanzierte Aussage konnte damals auch als Rechtfertigung dafür dienen, solche Personen für Führungsaufgaben nicht vorzusehen.

Andere Studien, die ähnlich sozialistischen Umtrieben in den Redaktionen nachgingen, stellten fest, dass Einstellungsunterschiede zwischen ost- und westdeutschen Journalisten gar nicht so groß waren wie vermutet (vgl. SCHOLL/WEISCHENBERG 1998: 242). Ein weiteres vom Bundespresseamt bezahltes Autorenteam zog deshalb die Erklärungskraft des Faktors

Sozialisation (»Funktionär der Arbeiterklasse«) in Zweifel (SCHNEIDER/SCHÖNBACH/STÜRZEBECKER 1993: 353). Es problematisierte trotzdem auch später die Weiterbeschäftigung von DDR-Journalisten (vgl. SCHNEIDER 2004: 20). Die Redaktionen der großen ostdeutschen Tageszeitungen, so eine wichtige Erkenntnis, setzte sich Anfang der 1990er-Jahre aus drei Fünfteln an beschäftigten Redakteuren zusammen, die bereits vor 1989 in der Redaktion arbeiteten, etwa 20 Prozent waren Berufsanfänger aus dem Osten, und knapp ein Fünftel der festangestellten Redakteure stammte aus den sogenannten alten Bundesländern (vgl. SCHNEIDER/SCHÖNBACH/STÜRZEBECKER 1994: 157). Mehr Ostredakteure als neu hinzugekommene Westler erlebten eine Zunahme von Förmlichkeit im sozialen Miteinander der Redaktion (vgl. ebd.: 203).

Auch kommunikationswissenschaftliche Inhaltsanalysen, unterstützt von westdeutschen Stiftungen wie der aus der konservativen *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* heraus gegründeten Fazit-Stiftung (vgl. LUTZ et al. 1991: 444), kreisten um Sozialismusanachwirkungen. Etwa um die Frage, ob Abweichungen im Rollenverständnis ostdeutscher Journalisten womöglich Abweichungen in den Einstellungen der ostdeutschen Bevölkerung produzieren könnten (vgl. SCHERER et al. 1997). Weil sich diese normative Stoßrichtung im Fach durchgesetzt hatte, war es nicht verwunderlich, dass noch 2010 in einer ambitionierten studentischen Journalistenbefragung schematisch gefragt wurde, ob ostdeutsche Journalisten »in der Lage sind, einen kritischen Journalismus zu betreiben« (JESCHKE/REHSE/RICHTER 2010: 374). Solange in der Lehre die Forschungsliteratur nicht kontextualisiert wird, bleiben normativ belegte Ost-West-Klassifikationen unreflektiert und werden reproduziert. Womöglich konnte das studentische Autorenteam deshalb die Gründe für das Unbehagen gar nicht reflektieren, das offenbar ostdeutsche Redakteure zu Protokoll gaben: ausgerechnet die westdeutsche Kollegin sei »wieder an einem Stasifall dran« gewesen (ebd.: 390).

Nicht nur, aber vor allem ostdeutsche Autoren in der Kommunikationswissenschaft haben eine anders gelagerte normative Grundierung in der Bewertung der DDR an ostdeutsche Medien und Journalismus herangetragen (vgl. TRÖGER 2019; MEYEN 2020; DIETL 2022; KELLNER-ZOTZ/MEYEN 2023; POLLACK 2024). Womöglich befördert von einem »ostdeutschen awakening« (HENSEL 2019) und einem Generationswechsel im Fach wird von diesen Autoren beispielsweise gefragt, was DDR-sozialisierte Medienmenschen an Stärken mitbrachten oder welches Potenzial verges-

sene Medienideen am Ende der DDR für das Mediensystem der BRD gehabt hätten (vgl. KELLNER-ZOTZ/MEYEN 2023; TRÖGER 2021). Auch bei einigen dieser Studien floss Geld der Bundesregierung und das trifft auch auf das vorliegende Buch zu. Eine qualitative Studie zu biografischen Prägungen von ostdeutschen Medienakteuren stellte zum einen die Erfahrungen vor und mit 1989 heraus, die zwar nicht zu dem einen besonderen Ost-Blick geführt hätten, aber zu Parallelen im Gesellschaftsbild, welche Themen-setzung und -bearbeitung beeinflussten und die professionelle Norm brachen (KELLNER-ZOTZ 2023: 528). Zum anderen habe die pauschale »Verurteilung der DDR als ›Unrechtsstaat‹« Ost-Medienakteure wie alle Ostdeutschen dazu gezwungen, ihr Leben »auf den Prüfstand« zu stellen (ebd.: 526). Diejenigen, die etwa beim Wachregiment Feliks Dzierżyński waren oder inoffizielle Mitarbeiter des MfS mussten sich dabei anders zu ihrer Vergangenheit verhalten als Menschen, die vor dem Mauerfall in den Westen geflüchtet waren. An anderer Stelle ist von dem Spannungsfeld von »Anpassung und Selbstbehauptung« zu lesen, in dem sich ostdeutsche Journalisten bewegten, und dass viele in ihrer Berufslaufbahn Abwertungen erlebten (KÜHNE 2023: 86). Gerade diejenigen, die in der DDR berufstätig waren, an der Sektion Journalistik in Leipzig studiert hatten, galten als belastet. Folgen der Abwertung seien eingeschränkte Lebenschancen gewesen (vgl. MEYEN 2020: 356) und Unterrepräsentanz in den Führungspositionen ostdeutscher Medienhäuser (vgl. MÜKKE 2021: 36). Im Westen hätten Stereotype – etwa die Regionalpresse habe die Wahlerfolge der PDS im Osten in den 1990er-Jahren herbeigeschrieben (vgl. KEPPLINGER 1996: 15) – der »kognitiven Strukturierung und Erhaltung des bekannten Wertesystems sowie der Sicherung der gesellschaftspolitischen und ökonomischen Vormachtstellung« gedient (KÜHNE 2023: 33). Ähnlich hatte der Soziologe Thomas Ahbe (2004) schon früher von der klischeebehafteten medialen Darstellung Ostdeutscher auf westdeutsche Identitätsbedürfnisse rückgeschlossen.

Anders als diese Studien zu Medienakteuren, die die Subjektebene in den Mittelpunkt gestellt haben, geht die vorliegende Untersuchung einen Schritt weiter und fragt auf der Basis von Subjektwahrnehmungen, wie eine Organisation sich mit einem Herkunftsdiskurs auseinandergesetzt hat, der sie selbst betraf. Über diesen tiefen Blick in eine Redaktion wird die Erforschung des Medienstrukturumbruchs von 1989/90 erweitert, von manchen als »eines der umstrittensten Kapitel der deutschen Wiedervereinigung« bezeichnet (DIETL 2022: Rückseite). Weil der Blick

auf das geteilte Deutschland allein nicht ausreicht, um das Ost-West-Verhältnis nach 1990 zu verstehen (vgl. ENGLER/HENSEL 2018: 192), wird hier berücksichtigt, dass sich die Zeit nach 1990 längst zu einem eigenen Raum kollektiver Erfahrung verdichtet hat. Das gilt für die ostdeutsche, aber auch, und vielleicht ganz anders, für die westdeutsche Seite, wo sich zum Beispiel Karrierechancen eröffneten (vgl. KOLLMORGEN 2017: 58).

Das Buch verortet sich in der sozialwissenschaftlichen Kommunikationsgeschichte und trägt zum Verständnis des gesellschaftlichen Umbruchs von 1989/90 bei. Denn die *Berliner Zeitung* steht exemplarisch, als Medienangebot aber auch spezifisch, für die größere Frage nach den gesellschaftlichen und individuellen Folgen des leitmedial verbreiteten »Diktaturnarrativ[s]« und seiner Materialisierung (KELLNER-ZOTZ 2023: 513). Dieses Deutungsmuster dominiert weiterhin das Bild der DDR, auch nachdem sich der Diskursraum in den letzten Jahren erweitert zu haben schien (vgl. HENSEL 2019; AHBE 2024). Dieses Buch trägt symbolischen und materiellen Differenzierungspraktiken Rechnung und fügt sich deshalb auch in das wenig beachtete Feld der kommunikationswissenschaftlichen Ungleichheitsforschung ein (vgl. FACHGRUPPE KOMMUNIKATIONSGESCHICHTE DER DGPUK 2024; MANCE/BRLEK 2022; SCHIFFERES/KNOWLES 2022). Symbolische Differenzierungspraktiken und »kulturelle Entwertungen« haben in den vergangenen Jahrzehnten in westlichen Gesellschaften an Bedeutung gewonnen (RECKWITZ 2017: 355). Sie sind mit materiellen Verteilungsfragen und Entwicklungschancen verknüpft (vgl. MILEV 2020: 35). Diese Überlegung führt geradewegs zum theoretischen Rahmen unserer Untersuchung.

Einschreibung und Übersetzung: Foucault + Neo-Institutionalismus + Bourdieu

Wenn die Fachliteratur die Übernahme der BRD-Medienordnung in Ostdeutschland »lange nicht in Frage« gestellt hat (TRÖGER 2021: 29), dann könnte das auch an ihrer Theorie liegen. Die kommunikationswissenschaftlichen Studien der 1990er-Jahre stützten sich, zumeist implizit, auf die struktur-funktionale Theorie aus der us-amerikanischen Soziologie ab Mitte des 20. Jahrhunderts (vgl. PARSONS 1951). Dieser Ansatz ließ die Veränderungen im Medienbereich schematisch als »Übergang von einem totalitären politischen System zu einer pluralistischen Demokratie«